

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

23.09.2022

Inhalt

EWN

1 Fünf große Straßenbaustellen im Raum Greifswald-Usedom <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 22.09.2022</i>	3
2 5000 Teilnehmer zu Demo in Lubmin erwartet: So tickt der Organisator <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 23.09.2022</i>	5
3 Politologe rechnet mit Massenprotesten im Herbst <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 23.09.2022</i>	7
4 Kernenergie: Auch nicht radioaktiver Abfall braucht Platz <i>stern.de, 23.09.2022</i>	8
5 Klimastiftung: CDU wirft Land mangelnden Sachverstand vor <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 22.09.2022</i>	9
6 Tausende auf Altem Markt: Für Gaspreisdeckel und gegen Ausverkauf <i>Ostsee-Zeitung - Stralsunder Zeitung, 22.09.2022</i>	10

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 22.09.2022 | S. 12

📄 Auflage: 10.470 | Reichweite: 31.339

👤 Cornelia Meerkatz

STRAßENBAUARBEITEN

Fünf große Straßenbaustellen im Raum Greifswald-Usedom

Seit Anfang September wird gleich an mehreren wichtigen Verkehrsknotenpunkten auf der B 111 und der L 262 gebaut. Kraftfahrer brauchen Geduld. Weitere Baustellen kommen dazu.

Überall, wohin man schaut - gibt es Baustellen. Allein im Umkreis von 20 Kilometern rund um Wolgast wird an drei Stellen gebaut, zwei weitere große Baustellen kommen im Oktober dazu.

L 262 Ortsdurchfahrt Wolgast Ortseingang bis Breite Straße

Auf der Landesstraße 262 wird seit Montag die Ortsdurchfahrt Wolgast erneuert und ausgebaut. Die Fahrbahndecke ist stark instandsetzungsbedürftig. Die alte Asphaltdecke wird daher abgefräst. Anschließend wird sogenannter Flüsterasphalt eingebaut, der die Geräuschbelastung für die Anwohnerinnen und Anwohner minimiert. Erneuert werden auch die Ampelschleifen an der Kreuzung Bau-/Wilhelmstraße und die straßenbegleitenden Nebenanlagen. Der grundlegende Vollausbau des Fuß- und Radweges trägt zur Erhöhung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs bei.

Damit die Arbeiten bis voraussichtlich Ende November durchgeführt werden können, ist es erforderlich, den Verkehr mittels Ampel halbseitig am jeweiligen Bauabschnitt vorbeizuführen. Für den Asphaltbau ist von Freitag, 23. September, bis Sonntag, 25. September, eine Vollsperrung notwendig. Aufgrund des zu erwartenden höheren Verkehrsaufkommens in den Herbstferien (10. bis 16. Oktober) wird die Ortsdurchfahrt Wolgast auf der L 262 in dieser Zeit frei befahrbar sein. Die Arbeiten am zweiten Bauabschnitt auf der L 262 (Breite Straße) beginnen voraussichtlich im Frühjahr 2023.

Peenebrücke Wolgast ist Nadelöhr

Auf der B 111 im Bereich der Peenebrücke Wolgast wird seit 1. September wieder gebaut. In der neuen Bauphase werden die Übergangskonstruktionen auf zwei Teilbauwerken der Brücke im Straßen- und Bahn-

bereich ausgebaut. Auf dem Gehweg Süd (Bahnseite) werden der Dünnebelag und die Geländer erneuert, wodurch eine Klappung der Brücke für den Schiffsverkehr vom 11. bis 21. September nicht möglich war. Aufgetragen wird der Korrosionsschutz an den Gesimsen der Gehwege Süd und Nord.

Für den Ausbau der Geländer an den Rondellen des Gehweges Nord und weiteren Arbeiten ist in der Nacht von Mittwoch, den 28. September, zu Donnerstag, den 29. September, eine Vollsperrung der B 111 auf der Peenebrücke notwendig. Eine weitere Vollsperrung ist für den Einzug der Dichtprofile der Übergangskonstruktionen erforderlich. Diese erfolgt voraussichtlich in der Nacht vom 2. zum 3. November.

B 111 Ortsdurchfahrt Zinnowitz

Seit 12. September laufen die Aufbrucharbeiten an der Straßendecke. Der Ausbau erfolgt durch eine grundlegende Erneuerung des Oberbaus sowohl im Bereich der Fahrbahn als auch im Bereich der Rad- und Gehwege. Aufgrund der Mängel am Bestandssystem ergibt sich die Notwendigkeit zur Erneuerung des vorhandenen Regenwasserkanals. Auf der Nordseite der B 111 wird ein gemeinsamer Rad- und Gehweg im Zweirichtungsverkehr geschaffen, der in einen Radweg übergeht. Auf der Südseite der B 111 wird ein in Abschnitten vorhandener Gehweg in Baulast der Gemeinde erneuert und erweitert.

Die Verkehrsführung während der Baumaßnahme erfolgt halbseitig mit Baustellenampel bei einer Durchfahrtsbreite von mindestens drei Metern. Ausnahmsweise bleibt die halbseitige Verkehrsführung auch während der Herbstferien bestehen. So kann ein schnellerer Bauablauf sichergestellt werden und die Strecke ist während der witterungsbedingten Baupause im Winter vorübergehend zweispurig befahrbar. Gleichzeitig kann auf diese Weise der Winterdienst

ohne Komplikationen durchgeführt werden. Zu Ostern und Pfingsten 2023 sind keine Verkehrsraumschränkungen vorgesehen. Die Arbeiten sollen planmäßig vor der Sommerreisezeit 2023 abgeschlossen sein.

Ausbau der L 262 zwischen dem Kreisel Lubmin und Freest

Ab den Herbstferien soll die L 262 auch im Bereich Kreisel Lubmin bis zum Ortseingang Freest erneuert werden. Um die Auswirkungen für den Verkehr so gering wie möglich zu halten, ist das Bauvorhaben in drei Abschnitte eingeteilt worden: 1. Kreisverkehr Lubmin bis Gasstation, 2. Besucherparkplatz **EWN** bis Abzweig Spandowerhagen und 3. Abzweig Spandowerhagen bis Ortseingang Freest. Die Vollsperrung für den 1. Abschnitt wird ab Montag (10. Oktober) eingerichtet, um den Durchgangsverkehr bereits von der Baustelle fernzuhalten. Bis einschließlich Mittwoch, 12. Oktober, kann der Anliegerverkehr jedoch noch weiter durch das Baufeld im 1. Abschnitt unter Beachtung der Baustellenabläufe fahren. Bis einschließlich Sonntag, den 16. Oktober, wird die Vollsperrung genutzt, um den Asphaltbau im 1. Abschnitt abzuschließen. Der darauffolgende Montag wird als „Puffertag“ für gegebenenfalls anstehendes Schlechtwetter und für weitere nicht vorherzusehende Ereignisse angesetzt.

Laut vorläufigem Ablaufplan der gebundenen Baufirma ASA Bau GmbH, ist die 42. Kalenderwoche vom 17. bis 22. Oktober angesetzt, um den 2. sowie 3. Abschnitt zu fräsen. Voraussichtlich ab der 43. Kalenderwoche erfolgt der Deckeneinbau, der zunächst im 2. Abschnitt ausgeführt wird und erst nach Fertigstellung dieses Bereiches im 3. Abschnitt weitergeführt wird. Damit wird sichergestellt, dass der Abzweig Spandowerhagen zumindest aus einer Richtung immer befahrbar bleibt.

Für die L 262 gibt es eine Sondergenehmigung des Ministeriums, um in den Herbstferien bauen zu dürfen. Dadurch entspannt sich zumindest die Situation für den Schülerverkehr durch die Ferienwoche etwas. Der Hauptgrund für die Bauzeit ist aber die Einigung mit der **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen** GmbH, teilt das Landesamt für Straßenbau und Verkehr MV mit. „In der **EWN** GmbH laufen gerade eine Mehrzahl an Großvorhaben sowie das hoch angebundene Thema der LNG-Terminals, die bis zum Ende des

Jahres fertiggestellt werden sollen. Demnach war die Herbstferienwoche die einzige Woche, in der die Maßnahme überhaupt umgesetzt werden kann, um allen Berührungspunkten gerecht zu werden“, so Sprecher André Horn. Die Umsetzung des 2. und 3. Abschnittes auf der L 262 in den zwei darauffolgenden Wochen sind für das **EWN**-Gelände nicht so schwerwiegend, da diese Abschnitte nicht vorrangig für die Anfahrt der Schwerlast- und Lieferfahrzeuge sowie Sonderfahrzeuge genutzt werden.

Vollsperrung Bahnübergang Brünzow

Im letzten Drittel des Oktober kommt noch eine Baustelle dazu. Der Bahnübergang in Brünzow soll vom 24. Oktober bis zum 9. Dezember unter Vollsperrung erneuert werden. Dabei wird nicht nur die Straße, sondern auch das Gleis erneuert. Damit das ohne Verzögerung mit der entsprechend hochwertigen Spezialtechnik, deren Einsatz entsprechend teuer ist, voran gehen kann, ist die Zeit der Vollsperrung erforderlich. Während dieser Zeit erfolgt dann die Umleitung aus Richtung Greifswald über die L 262 bis zum Kreisel Lubmin, dann über die K 23 nach Wusterhusen und von dort geht es auf der K 22 Richtung Wolgast weiter. Umgekehrt erfolgt der Verkehrsfluss aus Richtung Wolgast kommend über Wusterhusen, den Kreisel Lubmin auf die L 262 nach Greifswald.

Das Straßenbauamt Neustrelitz bittet um Verständnis für die notwendigen Baumaßnahmen in und um Wolgast sowie auf der Insel Usedom. Die Autofahrerinnen und Autofahrer werden daher gebeten, sich auf die veränderte Verkehrssituation und verlängerte Fahrzeiten einzustellen. Die Straßenbauverwaltung steht vor der Problematik, dass das Verkehrsaufkommen immer weiter zunimmt. Dazu hat sich die touristische Vor- und Nachsaison verlängert und ragt somit in die Baufenster hinein.

Aufgrund der ohnehin hohen Verkehrsbelastung und des hohen Gästeaufkommens zu Ostern, Pfingsten, den bundesweiten Sommerferien und in den Herbstferien hat die Straßenbauverwaltung die Bautätigkeiten auf und um Usedom in diesen Zeiträumen schon reduziert. In den verbleibenden Zeiträumen des Jahres zählt jeder frost- und regenfreie Tag, um die notwendigen Straßenbauarbeiten durchführen zu können.

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 23.09.2022 | S. 12

📄 Auflage: 10.470 | Reichweite: 31.339

👤 Katharina Degrassi

5000 TEILNEHMER ERWARTET

5000 Teilnehmer zu Demo in Lubmin erwartet: So tickt der Organisator

Martin Klein (65) aus Greifswald hat die Demo am Sonntag vorbereitet. Der Ingenieur ist Verschwörungstheoretiker, Mitglied der coronakritischen Partei die Basis und fordert Gerichtsprozesse gegen die aktuelle Regierung.

Das kleine Ostseebad Lubmin mit seinen 2000 Einwohnern erwartet am Sonntag erneut einen großen Ansturm. Um 14 Uhr beginnt die Kundgebung am Kurpark mit dem Titel „Nord Stream 2 endlich öffnen“. Während bei der ersten Demonstration vor drei Wochen etwa 2000 Leute teilnahmen, erwarten die Veranstalter an diesem Sonntag bereits 5000 oder mehr.

Cheforganisator Martin Klein, Mitglied der coronakritischen Partei die Basis und Mitveranstalter der Montagsdemos in Greifswald, hat 5000 Teilnehmer angemeldet. „Unser Ziel ist es, fünfstellig zu werden“, sagt Martin Klein.

In der derzeitigen Energiekrise ist das beschauliche Ostseebad zu einem Ort mit deutschlandweiter Symbolkraft geworden. Denn hier landet die Pipeline Nord Stream 2 an, eben jene Gaspipeline aus Russland, die Anfang des Jahres nicht in Betrieb genommen wurde, weil sich der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine massiv zuspitzte. Ende Februar griff Russland die Ukraine an. Bis heute herrscht Krieg. „Wir fordern das Ende aller Wirtschaftssanktionen gegen Russland und damit die sofortige Inbetriebnahme von Nord Stream 2“, sagt Martin Klein.

Mit der Forderung steht das Organistorenteam nicht alleine da. Die zehn Bürgermeister des Amtes Lubmin machen sich ebenfalls für eine Öffnung von Nord Stream 2 stark. In einem Schreiben an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) betonen sie, dass sie den Ukrainekrieg aufs Schärfste verurteilen. Es müsse Friedensverhandlungen geben und der soziale Frieden sichergestellt werden. Im Juli hatten sich bereits Bürgermeister von der Insel Rügen und aus dem Amt Usedom Süd mit selbiger Forderung an die Ministerpräsidentin gewandt.

Vor drei Wochen nun demonstrierten erstmals etwa 2000 Menschen für eine Öffnung von Nord Stream 2 in Lubmin. „Unser Leben muss bezahlbar bleiben“ war eine der Kernforderungen, die auf Plakaten stand. Die Teilnehmer gaben an, Angst zu haben vor der Zukunft angesichts der dramatisch steigenden Energiepreise, der Inflation und der zunehmenden Kosten für alle Konsumgüter.

„Ich habe das Gefühl, unsere Regierung fährt das Land an die Wand“, sagt Martin Klein. Die Sanktionen gegen Russland sieht er als „Kriegserklärung gegen das eigene Volk“, denn die Maßnahmen würden nicht Russland schaden, sondern den Menschen hier vor Ort. Dass in Lubmin eine frisch gebaute Gaspipeline anlandet, die sofort lieferfähig wäre und aus politischen Gründen nicht genutzt wird - dafür hat er kein Verständnis.

Ein klein bisschen sieht er sich selbst als Putin-Versteher. Schließlich hat der 65-Jährige fünf Jahre lang in Leningrad studiert, spricht fließend Russisch und hört sich die Reden Putins in Originalsprache an.

Martin Klein trat 2021 als Landtagskandidat für die Basis an. Er ist regelmäßiger Sprecher auf den coronakritischen Montagsdemos in Greifswald, hat dort mehrfach ein „Nürnberg 2.0“ gefordert. Der Politikwissenschaftler Dr. Marcel Lewandowsky von der Universität Greifswald erklärt hierzu: „Der Begriff spielt auf die Nürnberger Prozesse zwischen 1945 und 1949 an. Es geht um einen darum, die Politiker der Bundesrepublik mit den Schergen des Nazi-Regimes gleichzusetzen und dadurch zu delegitimieren. Zugleich soll dadurch der Aufruf zum Widerstand rechtfertigt werden, nach dem Motto: Wenn man in einer Tyrannei lebt, ist alles erlaubt.“ In dem Begriff sieht der Demokra-

tieforscher Lewandowsky eine deutliche Feindlichkeit gegenüber dem System der Bundesrepublik Deutschland und den „Keim politischer Gewalt“.

Den Vorwurf rechts außen zu stehen und ein Demokratiefeind zu sein, weist Martin Klein entschieden zurück. „Demokratie heißt Herrschaft des Volkes. Gegen den Willen des Volkes zu regieren, hat nichts mit Demokratie zu tun“, erklärt Martin Klein sein Verständnis von Demokratie. Er ist überzeugt, dass die Mehrheit

der Bevölkerung hinter seiner Forderung nach einem Ende der Wirtschaftssanktionen gegen Russland steht.

Was Martin Klein antreibt, die Demos zu organisieren? „Wenn mich meine Enkelkinder später fragen, was ich selbst getan habe, möchte ich sagen können, dass ich nichts unversucht gelassen habe“, erklärt Martin Klein. Während der Corona-Krise haben seine beiden Söhne den Kontakt zu ihm abgebrochen. „Mein Sohn sagt, dass ich verrückt bin und in eine Irrenanstalt gehöre.“

Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 23.09.2022 | S. 1

Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

Martina Rathke

ENERGIEKRISE**Politologe rechnet mit Massenprotesten im Herbst****Polizeigewerkschaft: Bisher keine Anzeichen von Radikalisierung**

Proteste mit Teilnehmerzahlen, die es seit der Wende nicht mehr gegeben hat: Statt der angemeldeten 300 Teilnehmer demonstrierten am Mittwochabend mehr als 4000 Menschen in Stralsund gegen die Energie- und Sozialpolitik der Bundesregierung. In Lubmin werden am Sonntag bis zu 5000 Menschen erwartet, um angesichts explodierender Energiepreise die Öffnung von Nord Stream 2 zu fordern. Muss sich MV in diesem Herbst auf Massenproteste einstellen? „Durchaus denkbar“, sagt der Rostocker Politikwissenschaftler Prof. Wolfgang Muno. „Solange die Energieentlastungspakete der Bundesregierung keine sichtbare Wirkung zeigen, die Angst vor Wohlstands- und Existenzverlust weiter umgeht und Menschen Auswirkungen der Energiekrise spüren, werden die Proteste anhalten und sogar wachsen.“

Auch Innenminister Christian Pegel (SPD) rechnet wegen der aktuellen Energie- und weltpolitischen Situation mit einem steigenden Protestpotenzial. „Es ist davon auszugehen, dass sich die Zahl der Proteste und vor allem der Teilnehmer weiter erhöhen dürfte“, so Pegel. Er habe Verständnis für die Sorgen. „Dass Menschen auf die Straße gehen dürfen, um für oder gegen Dinge friedlich zu protestieren, ist eine der größten Errungenschaften unserer Demokratie und ausdrücklich gewünscht.“

Muno sieht vor dem Hintergrund steigender Unzufriedenheit Defizite im jeweils SPD-geführten Regierungshandeln auf Bundes- und Landesebene. „Die Regie-

rungen sind derzeit von Krisen Getriebene. Das lässt sie schwach erscheinen.“ Statt die Energiewende zügig voranzutreiben, um sich schnellstens aus der Abhängigkeit russischer Energielieferungen zu lösen, werde über Detailfragen gestritten. Landes- und Bundesregierung hätten zudem ein Glaubwürdigkeitsproblem. „Spätestens seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im Jahr 2014 durch Putin hätte man auf Distanz gehen müssen“, so Muno. „Viele Menschen fragen sich jetzt zu Recht: Was ist der radikale Unterschied zwischen 2014 und 2022, der jetzt diesen überfälligen Richtungswechsel auslöst?“

Ein aus Sicht von Muno alarmierendes Signal: Die Bürger wollen aktuell nicht mit Regierungsverantwortlichen in den Dialog treten. Zu den Bürgerforen der Landesregierung - etwa mit Vize-Ministerpräsidentin Simone Oldenburg (Linke) oder Innenminister Christian Pegel (SPD) - kommen nur wenige Menschen. Dafür tragen sie ihre Unzufriedenheit auf die Straße. In Stralsund sprachen Handwerker, Aktive aus Vereinen über ihre Sorgen vor dem Winter. „Wutbürger meets Reichsbürger“ gelte für die aktuellen Proteste nicht mehr, sagt Muno. „Es mischen sich legitime Ängste vor hohen Strompreisen und sozialem Abstieg mit prorussischen Positionen, die Putin in den Allerwertesten kriechen.“ Die Gewerkschaft der Polizei erkennt bislang keine Anzeichen einer Radikalisierung. „Wir hoffen, dass die Menschen ihre Anliegen friedlich auf die Straße tragen“, sagt GdP-Chef Christian Schumacher.



stern.de | 23.09.2022

dpa

WEBLINK

ATOMKRAFT

Kernenergie: Auch nicht radioaktiver Abfall braucht Platz

Vertreter der Kernenergiebranche haben im Zusammenhang mit dem Rückbau von Kernkraftwerken auf die notwendige Entsorgung auch nicht radioaktiven Abfalls hingewiesen. "Ohne Deponien und Müllverbrennungsanlagen funktioniert kein Rückbau", teilte der Energiekonzern RWE mit. Vom Verband Kerntechnik Deutschland hieß es: Kreise und gegebenenfalls Länder müssten für ausreichend Deponieraum für Bauschutt sorgen.

Vertreter der Kernenergiebranche haben im Zusammenhang mit dem Rückbau von Kernkraftwerken auf die notwendige Entsorgung auch nicht radioaktiven Abfalls hingewiesen. "Ohne Deponien und Müllverbrennungsanlagen funktioniert kein Rückbau", teilte der Energiekonzern RWE mit. Vom Verband Kerntechnik Deutschland hieß es: Kreise und gegebenenfalls Länder müssten für ausreichend Deponieraum für Bauschutt sorgen.

Nach Aussage eines Sprechers des Verbands gebe es Fälle, in denen Deponien Bauschutt unter Verweis auf Sicherheitsbedenken abgelehnt hätten, obwohl dieser Schutt nach entsprechenden Messungen als unbedenklich eingestuft wurde. Sogenannte freigemesene Abfälle machten den weitaus größten Anteil des Materials aus, der beim Rückbau anfallt. Er vermute hinter solchen Vorbehalten auch die Absicht, Deponiekapazität zu schonen. In einem Fall hätte Schutt

über weite Strecken in ein anderes Bundesland gefahren werden müssen.

Von RWE hieß es: "Wenn der Abbauprozess nicht ins Stocken kommen soll, braucht es gesicherte Entsorgungspfade für alles, was nicht recycelt werden kann." Aktuell läuft etwa in Baden-Württemberg eine Auseinandersetzung zwischen Land und einem Landkreis über die Aufnahme freigemesenen Abfalls. In Lübeck gab es eine ähnliche Auseinandersetzung.

Im vorpommerschen Lubmin, wo nach Angaben der zuständigen **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH (EWN)** der größte Rückbau eines Kernkraftwerks in Europa erfolgt, habe man keine Probleme mit der Entsorgung von Bauschutt. Dort wird die Abbaumasse auf etwa 1,8 Millionen Tonnen geschätzt. Nicht alles davon ist Bauschutt. Für 1,2 Millionen Tonnen davon bestünden keine Beschränkungen wegen Radioaktivität.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 22.09.2022 | S. 7

📄 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

👤 schug.sebastian

Klimastiftung: CDU wirft Land mangelnden Sachverstand vor

Die CDU-Fraktion in Schwerin wirft dem Justizministerium beim Umgang mit der umstrittenen Klimastiftung MV mangelnden juristischen Sachverstand vor. Das Ministerium mache es sich als Stiftungsaufsicht einfach, wenn es bei Fragen zu möglichen Verstößen gegen die Russland-Sanktionen an den Bund verweise, sagte der rechtspolitische CDU-Fraktionssprecher Sebastian Ehlers gestern. Konkret geht es um Zahlungen der Stiftung an das bei der Stiftungsgründung beteiligte Unternehmen Nord Stream 2, eine in der Schweiz ansässige Tochter des russischen Staatskonzerns Gaz-

prom.

Aus Sicht der CDU besteht das Risiko, dass die vom Landtag und der Landesregierung angestrebte Auflösung der Stiftung durch einen Verstoß gegen die Sanktionen beeinflusst werden könnte. Den Angaben zufolge sehen die Schweizer Behörden im Gegensatz zur Staatskanzlei in Schwerin keine Bedenken bei Geldflüssen aus Schwerin in den Schweizer Kanton Zug.

Die Linksfraktion bezeichnete den Vorwurf als unredlich. Das Justizministerium sei nicht zuständig.

📰 Ostsee-Zeitung - Stralsunder Zeitung | 22.09.2022 | S. 11

📄 Auflage: 11.098 | Reichweite: 27.661

👤 Ines Sommer und Wenke Büssow-Krämer

„STRALSUND HÄLT ZUSAMMEN“

Tausende auf Altem Markt: Für Gaspreisdeckel und gegen Ausverkauf

Unter dem Motto „Stralsund hält zusammen“ hatte die Bürgerschaftsfraktion „Bürger für Stralsund“ gestern Abend zur Kundgebung eingeladen. Handwerker, Hoteliers, Unternehmer aus allen Branchen und viele Arbeitnehmer folgten dem Aufruf zur friedlichen Demo.

Kurz vor 18.30 Uhr ist am Mittwochabend in der Stralsunder Innenstadt kein Parkplatz mehr zu kriegen. Rund um den Alten Markt sind die Straßen verstopft, die Parkhäuser sind ausgebucht. Tausende Menschen aus der Hansestadt, aber auch Franzburg, Grimmen, Bergen, Born oder Barth hatten sich auf den Weg gemacht, um dem Ruf „Stralsund hält zusammen“ zu folgen. Auf einer Demonstration, die die Bürgerschaftsfraktion „Bürger für Stralsund“ für rund 300 Teilnehmer angemeldet hatte, wollten so viele ihre Unzufriedenheit mit der Politik zeigen, dass nicht nur der Markt, sondern auch die Nebenstraßen voller Menschen waren.

Die Erste, die ans Mikrofon trat, war Birgit Rubbert, Chefin des Chamäleon-Vereins in Stralsund. „Wir sind ein mittelständisches, soziales Unternehmen mit 55 Mitarbeitern. Doch diese Arbeitnehmer werden nicht berücksichtigt. Ich fordere deshalb eine Entlastung für den Mittelstand und für den Arbeitnehmer, es geht immer nur um Hartz IV und dergleichen. Und nein, ich bin nicht für den Rücktritt der Regierung, ich will, dass die jetzige sich den Hintern aufreißt und sich kümmert.“ Beifall auf dem Markt.

Dieter Vetter, einst Geschäftsführer der SWG, machte sich Sorgen um die Zukunft des Wohnungsunternehmens. „Ich hab in den 23 Jahren bei der SWG nie über eine Insolvenz nachdenken müssen, aber wenn 15 000 Mieter in 8000 Wohnungen ihre Kosten nicht mehr zahlen können, muss so ein Unternehmen Existenzangst haben.“

Bäcker Martin Krämer betonte auf der Bühne, dass ihm die gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise schlaflose Nächte bereiten. Er befürchte eine Pleite - und die Arbeitslosigkeit seiner Mitarbeiter, denn

seine Firma habe noch keine Unterstützung gesehen. Unterstützt wurde der Bäckermeister von anderen Handwerksbetrieben - ihre Innungsfahnen wurden über den Markt getragen. Viele hatten auch selbst gemachte Schilder dabei, so wie Thomas Rockmann. „Ich mache mir Sorgen um die Zukunft meiner drei Kinder und zwei Enkel. Die fahren doch das ganze Land gegen die Wand. Ich finde, wir haben kein Energie-, sondern ein Regierungsproblem“, sagte uns der 50-jährige Glasermeister mitten in den Massen.

„Die Betriebe haben zunehmend Angst, um die Früchte ihrer Arbeit gebracht zu werden“, sagt der Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Rügen-Stralsund-Nordvorpommern, der mit einigen Vertretern aus dem Handwerk der Veranstaltung gefolgt ist. „Viele mussten aus vollem Lauf eine Vollbremsung hinlegen. Die unsichere Perspektive macht Angst. Wir müssen jetzt etwas unternehmen. Viele Betriebe suchen jetzt Mitarbeiter, wissen aber nicht, ob sie sie nächstes Jahr noch beschäftigen können“, beschreibt er die Situation.

Media-Markt-Chef Torsten Grundke und Vertreter der Stralsunder Mittelstandsvereinigung, forderte am Rednerpult unter anderem eine Deckelung der Energie- und Gaspreise für Bürger und Wirtschaft. Kleine und mittelständische Unternehmen sollten unter einen Schutzschirm. „Wir sind Stralsunder, wir lassen uns nicht in eine linke oder rechte Ecke stellen, denn wir sind die Mitte der Gesellschaft.“ Unter den Demonstranten gleich neben der Bühne stand auch Stralsunds Oberbürgermeister Alexander Badrow. Er trug ein Shirt in CDU-Orange - hinten bedruckt mit „Privatperson“, auf der Brust las man „Alexander“. Der Hintergrund: Er hatte den Demo-Aufruf auf Facebook geteilt. Das Schweriner Innenministerium prüft nach eigenen Angaben, ob das Stralsunder Stadtoberhaupt mit dem

Facebook-Eintrag seine Neutralitätspflicht möglicherweise verletzt haben könnte. Diese gelte auch für kommunale Wahlbeamte. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

„Die Regierung ist nach 10 Monaten gescheitert“, so die Einschätzung von Gerd Scharmberg, für die FDP Bürgermeister von Born. Die Ursache seien die Sanktionen gegen Russland, die Deutschland schaden. „Die Politik muss abliefern. Die Gewählten sollen ihre Arbeit machen“, brachte Eike Sadewater sein Anliegen auf den Punkt. Der Chef von fünf Stralsunder Hotels und damit von 150 Mitarbeitern betonte, dass die Wirtschaft auf dem Kopf steht. Die Energiekosten seines Unternehmens würden sich ab 1. Januar verzehnfachen, sagte er. „Das sind 900 000 Euro Mehrkosten, da droht das wirtschaftliche Aus.“

Marc Quintana Schmidt von den Stralsunder Linken sah die Demonstration am Weltfriedenstag als Zeichen für den Frieden, meinte aber auch: „Die Entlastungspakete sind ein Tropfen auf den heißen Stein.“

Der Wirtschaftsminister habe die Leute verhöhnt. Maik Göricke, Inhaber des Krankentransport Stralsund, berichtete, dass sich die Ausgaben für den Sprit der Fahrzeuge schon jetzt verdoppelt hätten. „Wir stehen vor dem Aus, die 25 Mitarbeiter gehen in die Arbeitslosigkeit. Und was wird zum Beispiel aus den 70 Dialysepatienten?“

Immer wieder auch die Forderung, Nordstream 2 zu öffnen, die Sanktionen gegen Russland zu beenden und deutsche Kernkraftwerke zu nutzen. „Wir haben Angst, dass wir bald nichts mehr bezahlen können und dass der Krieg immer näher kommen könnte und unsere Kinder in Gefahr geraten“, sagt eine Stralsunderin. Sie ist selbst im Hotelgewerbe tätig und fürchtet auch um ihre berufliche Zukunft. „Nächstes Mal kommen wir wieder und bringen noch ein paar Leute mehr mit.“ Nach einer guten Stunde wurde die jederzeit friedliche Demonstration beendet - mit der Verabredung, wieder zu kommen, bis sich in Berlin etwas ändert.